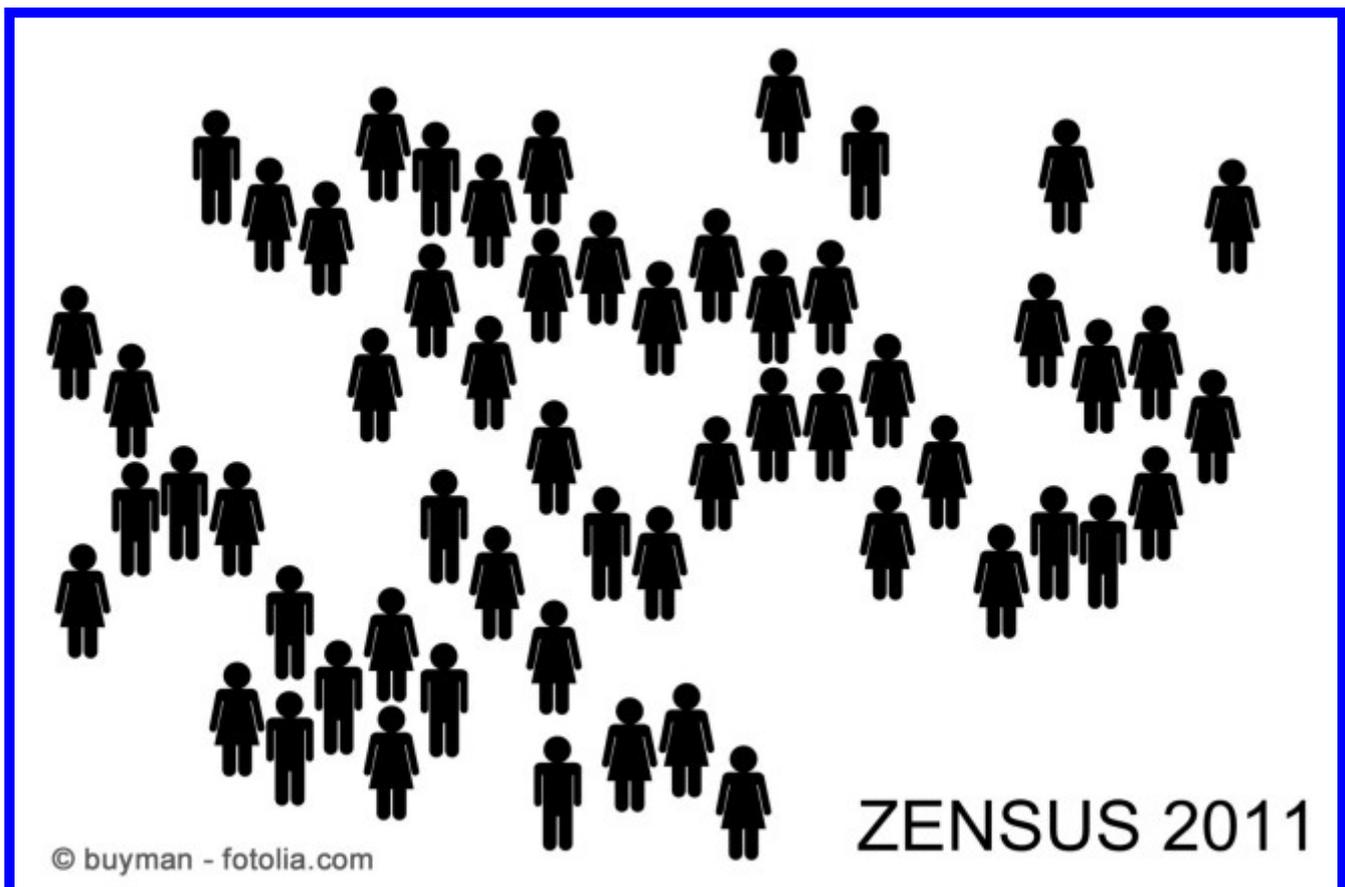




DSTG *informiert*

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

Jahrgang 2013 Nr. 5



Weniger Geld für Berlin!



0, Euro¹⁾ Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto¹⁾

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ Günstiger Abruf-Dispokredit¹⁾

- Bis zum 7-Fachen Ihrer Netto Bezüge
- Abruf ganz nach Ihrem Bedarf

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

BBBank-Filialen in Berlin und Potsdam

- Luisenstraße 41, 10117 Berlin, Tel. 030/28 30 46-0
- Hausvogteiplatz 3-4, 10117 Berlin, Tel. 030/2 02 48-0
- Augsburger Straße 5, 10789 Berlin, Tel. 030/21 48 94-0
- Friedrich-Ebert-Straße 113, 14467 Potsdam, Tel. 03 31/73 04 09-0

Informationen unter:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de

und persönlich bei

Silke Fischer, Regionalbevollmächtigte Öffentlicher Dienst

Tel. 030/9 78 63 00 33, E-Mail silke.fischer@bbbank.de

+ 30,- Euro Startguthaben über das



BB Bank

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Vorstellung der Ergebnisse der Volkszählung (Zensus) hielt für Berlin eine böse Überraschung bereit. Etwa 180.000 weniger Einwohner als gedacht führen dazu, dass Berlin künftig weniger Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich zustehen - rund 470 Millionen Euro im Jahr. Als wäre dieser Schlag ins Kontor noch nicht genug, muss in diesem Jahr noch eine Summe von ca. 940 Millionen Euro zurückgezahlt werden.

Als ich diese Hiobsbotschaft hörte, schoss mir sofort durch den Kopf: Das war es dann wohl mit weiteren Besoldungserhöhungen und einer Angleichungsperspektive bis 2017! Aber warum eigentlich - das war gleich der nächste Gedanke. Die Beamtinnen und Beamten haben ebenso wie die Arbeitnehmer/innen seit 2004 einen großen Beitrag dazu geleistet, dass das Haushaltsdefizit sich deutlich vermindert hat. Allein durch die Kürzung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) hat die Politik ordentlich gespart - und tut es bis heute. Dazu kommen die vielen Nullrunden und geringen Besoldungserhöhungen, die zu einem erheblichen Rückstand in der Bezahlung der Berliner Beschäftigten gegenüber den anderen Bundesländern geführt haben - vom Vergleich zum Bund ganz zu schweigen. Wenigstens hat Berlin sich bei den Arbeitnehmer/innen auf den Weg gemacht, bis 2017 die Angleichung an das Niveau der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zu erreichen. Die Beamtinnen und Beamten haben ein Recht darauf, dass auch sie endlich diese Perspektive erhalten. Immerhin verpflichtet § 14 Bundesbesoldungsgesetz in der für Berlin geltenden Überleitungsfassung, die Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung regelmäßig anzupassen. Eine Besoldungsanpassung nach Kassenlage ist damit nicht gemeint - schon gar nicht dauerhaft, wie der Berliner Senat es seit nunmehr zehn Jahren praktiziert!

Die Taktik des Finanzsenators für den Umgang mit den Zensus-Folgen ist ziemlich undurchsichtig. Mal müssen alle Haushaltspositionen für 2013 und den geplanten Doppelhaushalt 2014/2015 auf den Prüfstand, mal kann das Defizit fast vollständig mit einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 1 % und die Einführung der City-Tax ausgeglichen werden, mal hilft uns die erwartete Zunahme der Bevölkerung (bis 2030 um 250.000 Personen), mal führt genau diese Bevölkerungszunahme dann wieder zu mehr Ausgaben, zwischendurch wird auch noch ein Einspruch gegen den Zensus ins Spiel gebracht. Und so kann man der Einschätzung der Grünen im Abgeordnetenhaus nur zustimmen: Der Finanzsenator „beschwört Blut, Schweiß und Tränen und einen harten Konsolidierungskurs, während er gleichzeitig im letzten Jahr 450 Millionen Euro für das BER-Debakel und dieses Jahr sogar das Doppelte für die Folgen des Zensus aus der Portokasse begleichen will. Wir brauchen einen Kassensturz, der Nußbaums Zahlensalat aus zu niedrig angesetzten Einnahmen ein Ende setzt und zu realistisch veranschlagten Ausgaben führt.“

Immerhin hat bisher trotz Zensus keine im Abgeordnetenhaus vertretene Partei die berechtigten Forderungen der Beamtinnen und Beamten nach angemessenen Besoldungserhöhungen und einer Besoldungsperspektive in Frage gestellt. Die CDU hat sogar bekräftigt, dass es sich dabei weiterhin um einen Schwerpunkt ihrer Politik handelt. Und selbst die Presse hielt sich bei diesem Thema erstaunlich zurück. Offensichtlich hat die Arbeit der Gewerkschaften in den letzten Monaten und Jahren gefruchtet. Die Beamtinnen und Beamten werden ebenso wie die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht mehr im bisherigen Maße als Sparschweine der Nation angesehen. Die DSTG Berlin sieht diese positive Entwicklung als Ansporn, den beschrittenen Weg konsequent weiterzugehen und Ihre Interessen, liebe Kolleginnen und Kollegen, weiterhin offensiv zu vertreten.

Mit kollegialen Grüßen



Mario Moeller



Leben heißt Veränderung – wir begleiten Sie.

Absicherung und Vorsorge
rechtzeitig checken lassen!

**Jetzt Termin
vereinbaren!**

Das Leben bringt viele Veränderungen mit sich,
z. B. der Start ins Berufsleben oder die Gründung
einer Familie.

Denken Sie in solchen Situationen daran, Ihre
Absicherung und Vorsorge anpassen zu lassen?
Wissen Sie, was zu tun ist?

**Nutzen Sie unser unverbindliches Beratungs-
angebot. Vereinbaren Sie jetzt einen Termin.**

GESCHÄFTSSTELLE

Berlin

Telefon 030 21302-411

Telefax 030 21302-282

Marburger Straße 10

10789 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo.–Do. 8.00–18.00 Uhr

Fr. 8.00–16.00 Uhr



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig

BUNDESJUGENTTAG 2013

Unter dem Motto „S.O.S. - Sichern oder Sinken“ fand vom 28. bis 30. Mai 2013 in Fulda der 17. Bundesjugendtag der DSTG-Jugend statt.

Als höchstes Gremium ist er dafür zuständig, alle vier Jahre die Bundesjugendleitung zu wählen und über die weitere Arbeit der DSTG-Jugend zu entscheiden.

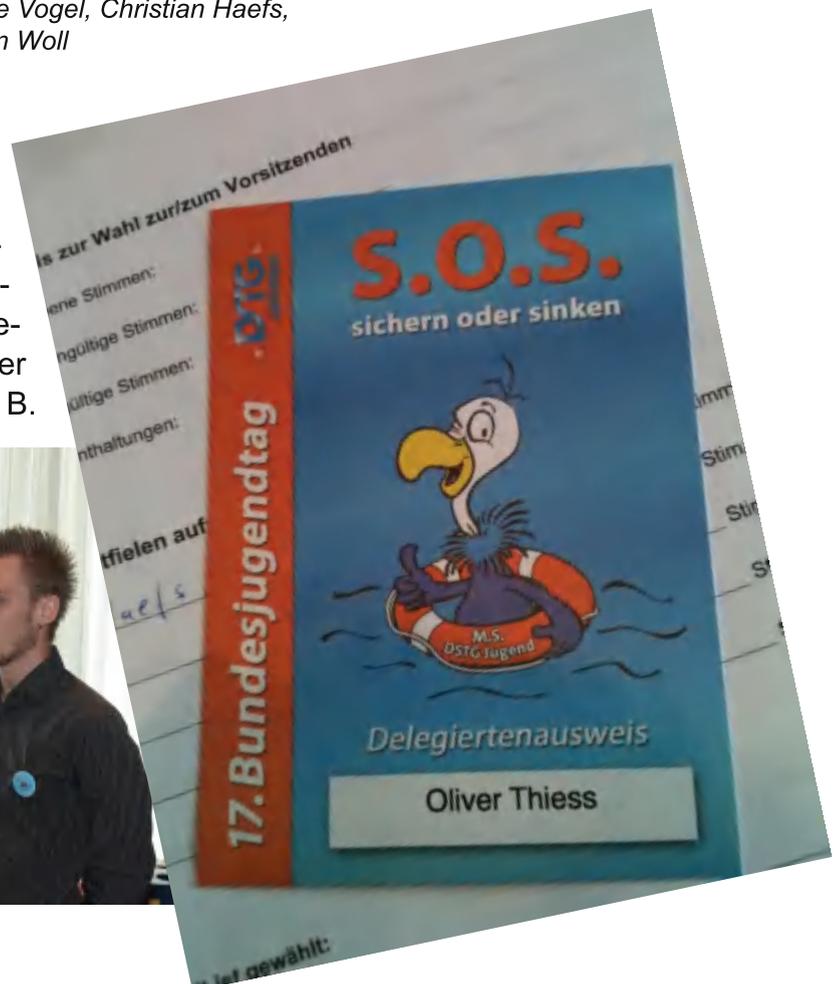


Zum neuen Vorsitzenden wurde Christian Haefs (Bezirksverband Westfalen-Lippe) gewählt. Als Stellvertreter/innen stehen ihm künftig Ann-Kristin Horst (Landesverband Schleswig-Holstein), Stephanie Vogel (Bezirksverband Württemberg), Rene Zuraw (Landesverband Bremen) und Karin Woll (Bezirksverband Düsseldorf) zur Seite.

v. l. n. r.: Ann-Kristin Horst, Stephanie Vogel, Christian Haefs, René Zuraw, Karin Woll

Knapp 90 Delegierte aus allen Bundesländern stimmten mit den vorliegenden Anträgen über die künftigen Schwerpunkte der Arbeit der DSTG-Jugend ab und können diese so mitgestalten. Berlin setzte sich dabei besonders für Änderungen in der Steuerbeamten-Ausbildung ein, z. B. hinsichtlich der Notengewichtung bei den Steueranwärter/innen.

Alle Berliner Anträge können auf der Website der DSTG-Jugend Berlin eingesehen werden.



Zur Öffentlichkeitsveranstaltung kamen neben Vertretern aller Bundestagsparteien auch Mitarbeiter/innen der Landesfinanzministerien, Leiter/innen von Landesfinanzschulen und Fachhochschulen der Länder sowie die Vorsteher/innen vieler Hessischer Finanzämter. In hervorragender Weise schilderte Christian Haefs in seiner Rede die Situation in den Finanzämtern. Er machte klar, dass Steuern Mitgliedsbeiträge an die Gesellschaft sind, die deren Zukunft und ihren Lebensstandard sichern sollen. Deshalb muss der demografische Wandel auch zwangsläufig Auswirkungen auf die Finanzverwaltung haben. An den Hessischen Finanzminister Dr. Thomas Schäfer und die anwesenden Bundestags- und Landtagsabgeordneten gewandt, forderte er die Politik auf, sich zum öffentlichen Dienst zu bekennen und nicht in Verunglimpfungen einzustimmen. Die Bezahlung sei ein wesentlicher Punkt zur Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. „Wir verlangen eine amtsangemessene Besoldung - sonst bekommen Sie in Zukunft eine besoldungsangemessene Amtsausübung!“

Finanzminister Dr. Schäfer beleuchtete anschließend die Herausforderungen des demografischen Wandels aus seiner Sicht und gab insbesondere ein Bekenntnis zur Notwendigkeit des mittleren Dienstes ab. Es folgten die Grußworte von Patricia Lips (MdB, CDU/CSU), Lothar Binding (MdB, SPD), Björn Sänger (MdB, FDP), Sigrid Erfurth (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und Sabine Leidig (MdB, Die Linke). Abgerundet wurde die Öffentlichkeitsveranstaltung durch Beiträge von Thomas Eigenthaler (DSTG-Bundesvorsitzender) und Sandra Kothe (Vorsitzende der dbb jugend).

Bei so viel anwesendem Sachverstand war natürlich auch ein Austausch mit Politik und Verwaltung sowie ein Blick über den Tellerrand hinaus in andere Bundesländer möglich.

Wir wünschen der neuen Bundesjugendleitung viel Erfolg und werden ihre Arbeit weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten.



Christian Haefs mit Björn Sänger, Patricia Lips und Lothar Binding



Sandra Kothe und Finanzminister Dr. Schäfer



Sigrid Erfurth



Sabine Leidig



Thomas Eigenthaler

PILOTPROJEKT BÜRGERTELEFON 115

SENFIN MELDET VOREILIG ERFOLGREICHE EINFÜHRUNG

Der Berliner Senat hat beschlossen, die bestehenden zentralen Telefonservice-Angebote der Berliner Verwaltung bis Ende 2013 zum „Bürgertelefon 115“ zusammenzuführen.

Künftig sollen telefonische Bürgeranliegen nach einem dreistufigen Modell - Service Center („First-Level“), Qualifizierte Anlaufstelle („Second-Level“) und zuständige Sachbearbeitung („Third-Level“) - beim „Bürgertelefon 115“ bearbeitet werden. Die Senatsverwaltung für Finanzen beteiligt sich an diesem Pilotprojekt mit Telefonservice-Stellen als Teil des Steuerfachservices in den Finanzämtern Steglitz und Pankow/Weissensee. In der Telefonservice-Stelle soll ein Teil der im Finanzamt eingehenden Anrufe angenommen und möglichst abschließend bearbeitet werden, soweit dies ohne Akten und konkrete Fallkenntnis möglich ist.

Nach CallCenter-ähnlicher baulicher sowie technischer Ausstattung der Büroräume und nach erfolgter personalvertretungsrechtlicher Beteiligung des Gesamtpersonalrates (GPR) und des jeweiligen örtlichen Personalrates (öPR) soll die Pilotphase der Telefonservice-Stellen („Second-Level“) zum 1. Juli 2013 beginnen.

In einer Kooperationsveranstaltung mit dem Hauptpersonalrat am 26. April 2013 über die landesweite Umsetzung dieses zentralen Berliner Telefonservice referierte die Projektleiterin der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInn), Frau Birgitta Löns, über die Vorteile für die Bürger und über die Vorteile für die angeschlossenen Behörden. Frau Löns erläuterte, „dass die Senatsverwaltung für Inneres und Sport bei Anbindung der Behörden stufenweise vorgeht“ und führte als Beispiel u. a. die erfolgreiche Einführung in den Finanzämtern auf. Seit März läuft der „verdeckte Betrieb“ in den beiden Finanzämtern, so der Folienvortrag!

Die anwesenden Beschäftigtenvertreter der Berliner Steuerverwaltung stützten über die Aussage und stellten schließlich klar, dass bisher in den beiden Finanzämtern weder die baulichen noch die personalvertretungsrechtlichen Voraussetzungen vorlagen. Auf Nachfrage bestätigte und erläuterte SenInn, dass die Senatsverwaltung für Finanzen bereits die erfolgreiche Einführung des „Bürgertelefons 115“ gemeldet hat!

Die DSTG Berlin kritisiert und rügt diese Vorgehensweise der Senatsverwaltung für Finanzen. Aussage und Zeitpunkt standen im April 2013 im markanten Widerspruch zum tatsächlichen Stand der Dinge. Die bauliche Ausstattung verzögerte sich mehrmals wegen Lieferschwierigkeiten der beteiligten Firmen. Dadurch konnten die notwendigen Beteiligungsverfahren nicht durchgeführt werden. Es ist absolut unverständlich, weshalb SenFin bereits im April 2013 die Umsetzung des „Second Level“ gegenüber der Senatsverwaltung für Inneres und Sport signalisiert hat. Oder wollte man sich einfach mal wieder vorzeitig mit einem „vorausseilenden Erfolg“ brüsten?

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin
Motzstr. 32, 10777 Berlin, Tel.: 030 - 21473040, Fax: 030 - 21473041
www.dstg-berlin.de, e-mail: info@dstg-berlin.de

V.i.S.d.P.: Detlef Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Rau, Christa Röglin, Oliver Thies

Fotos: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: eXtremdruck, Rödenauen 18, 96465 Neustadt b. Coburg www.extremdruck.de

Auflage: 7.500 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungsweise: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars.
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserin / des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.

ÜBERNAHME GESICHERT?

Die Übernahmebedingungen sind bekannt: mindestens Laufbahnnote drei - also acht Punkte.

Nun hat Finanzsenator Ulrich Nußbaum im Gespräch mit den Vorsteherinnen und Vorstehern erklärt, dass die Absolventinnen und Absolventen mit sieben Punkten nach der Ausbildung erst einmal als Tarifbeschäftigte auf Zeit übernommen werden. Sie sollen ihre Eignung nachweisen, bevor sie dauerhaft beschäftigt werden können. Genau wie im Vorjahr.

Die DSTG fordert weiterhin, alle Kolleginnen und Kollegen in ein Beamtenverhältnis auf Probe zu übernehmen, die die Laufbahnprüfung bestehen. Hilfsweise vorerst für bis zu zwei Jahre als Arbeitnehmer/in, mit der Möglichkeit zur Verbeamtung bei entsprechender Bewährung in der Praxis. Unterstützung erhalten wir hierbei von der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, die dies nicht zuletzt in ihren „Grundlagen für ein Personalentwicklungskonzept 2020“ festgeschrieben hat.

Wir werden selbstverständlich weiterhin mit allen Fraktionen im Abgeordnetenhaus zusammenarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen.

30 TAGE URLAUB AUCH FÜR BEAMTINNEN UND BEAMTE

Dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 20. März 2012 zur Diskriminierung durch eine altersabhängige Staffelung der Urlaubsdauer ist nunmehr von Innensenator Henkel durch Entwurf einer geänderten Erholungsurlaubsverordnung Rechnung getragen worden. Nachdem der TV-L für die Arbeitnehmer/innen entsprechend geändert wurde, soll das BAG-Urteil nunmehr auch auf die Beamtschaft übertragen werden.

Die längst überfällige Änderung der Erholungsurlaubsverordnung ist zwingend erforderlich. Ohne eine Übergangsregelung würden die zusätzlichen Urlaubsansprüche aus dem Jahr 2011 derjenigen, die bisher aufgrund ihres jugendlichen Alters nur 26 bzw. 29 Urlaubstage hatten, gemäß § 9 Abs. 2 Satz 3 der geltenden Erholungsurlaubsverordnung am 30. Juni 2013 (achtzehn Monate nach dem Ende des Urlaubsjahres 2011) verfallen.

Der zwischenzeitlich den Gewerkschaften zur Stellungnahme vorgelegte Änderungsentwurf sieht ab dem Urlaubsjahr 2011 eine diskriminierungsfreie Regelung von einheitlich 30 Urlaubstagen für alle Beamtinnen und Beamte vor.

Für die Urlaubsjahre 2011 und 2012 ist eine Übergangsregelung für die Abwicklung des erhöhten Urlaubsanspruchs vorgesehen. Danach würde der Resturlaub aus 2011 mit Ablauf des Kalenderjahres 2014, der Resturlaub aus dem Jahr 2012 achtzehn Monate nach dem Ende des Urlaubsjahres - also zum 30. Juni 2014 - verfallen.

Unverständlich ist hierbei, warum der erhöhte Urlaubsanspruch 2012 früher verfallen soll als der aus 2011. Hier muss vom Innensenator noch nachgebessert werden.

Nach Auskunft der Senatsverwaltung für Inneres und Sport verfallen die Ansprüche aus dem Jahr 2011 zum 30. Juni 2013 auch dann nicht, wenn bis zu diesem Datum die geänderte Verordnung noch nicht in Kraft getreten sein sollte - was schon frühzeitig bei den erforderlichen Verfahrensabläufen absehbar war.

Die DSTG wird jedoch prüfen, ob durch die Verzögerungen eventuell Nachteile für die Anwärter/innen eintreten könnten, die aufgrund ihrer Laufbahnnoten zum 1. September bzw. zum 1. Oktober nicht verbeamtet werden.

Wir werden zu gegebener Zeit über das Ergebnis der Prüfung informieren.